

Riesener Tageblatt

und Anzeiger (Eiblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Tagesblatt Ries,
Journal Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft Sehm Amtsgerrichte und des
Rates der Stadt Ries, des Finanzamts Ries und des Landratsamts Witten.

Verlagskonto: Dresden 1538
Stroßstraße Nr. 52.

Nr. 235.

Freitag, 8. Oktober 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Bahn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Schwankungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 8 mm hohe Grundchriftzeile (8 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; bis 80 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Vermittlung Rabatt erzielt, wenn der Auftrag vorläufig durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gedrückt. Zahlungs- und Erfüllungsort: Ries. Wichtigste Anzeigenverträge: Erzähler an der W. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Ereignisse des Betriebes des Druckers, der Verleger oder der Verlegerungsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Anzeigenverkauf und Verlag: Langner & Winterlich, Ries. Geschäftsstelle: Seestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hübner, Ries; für Anzeigenverkauf: Wilhelm Dittsch, Ries.

Seedts Abschiedsgesuch genehmigt.

Berlin. (Dankspruch.) Reichspräsident Dr. Marx hatte heute vormittag um 11/2 Uhr eine Besprechung mit dem Reichspräsidenten, die sich bis gegen 10/10 Uhr ausdehnte und die mit dem Rücktrittsgesuch des Generalobersten von Seede zusammenhängenden Angelegenheiten zum Gegenstand hatte.

Berlin. (Dankspruch.) Der Herr Reichspräsident hat das Abschiedsgesuch des Generalobersten von Seede unter würdiger Anerkennung der von dem General in Krieg und Frieden dem Vaterland und dem Vater geleisteten hervorragenden Dienste genehmigt.

Der Herr Reichspräsident hat Generaloberst von Seede heute erneut empfangen und ihm diese Anerkennung und seinen Dank persönlich zum Ausdruck gebracht.

Der Vorgang der Angelegenheit des Kronprinzensohnes.

In der Presse ist behauptet worden, daß die Angelegenheit der Teilnahme des Kronprinzensohnes an den Reichswehrmanövern in Münchingen anfänglich vom Reichswehrministerium demontiert worden sei, dieses Demontieren sich dann aber als falsch herausgestellt habe. An dem zuständigen Stellen versteht man, wie wir hören, nicht, wodurch diese Behauptungen haben entstehen können. Als am Montag vor acht Tagen ein Montagblatt die ersten Mitteilungen über die Sache brachte, bestellte der Kommandeur des 9. Infanterieregiments in Potsdam einen Journalisten, daß der Prinz, jedoch nur als Oberst, dem Manöver beigewohnt habe. Aus dem Reichswehrministerium hat aber niemand, auch der Reichswehrminister nicht, Erklärungen darüber abgegeben, ob die Nachrichten über die Angelegenheit richtig waren oder nicht. Der Reichswehrminister hat erst durch die Presse von der Angelegenheit Kenntnis erhalten und hat dann den Chef der Generalleitung beauftragt, die Sache aufzuklären. General v. Seede hat dabei dem Minister sofort mitgeteilt, er selbst habe geklärt, daß der Prinz an den Übungen der Reichswehr teilnahm. Daraus ergaben sich dann die Konsequenzen für Herrn v. Seede. Die Erlaubnis, daß der Prinz an den Übungen teilnahm, verhielt gegen den Versailles Vertrag und die Dienstvorschriften.

Die Pariser Presse zum Rücktritt von Seede.

* Paris, 7. Oktober. Der Rücktritt des Generals von Seede, zum Teil auch der Severing, werden von der französischen Presse an erster Stelle besprochen. Severing kommt im Wain zu dem seltsamen Schluß, daß die Demission sowohl von Seede wie Severing die deutsche Regierung von zwei Persönlichkeiten befreit habe, die ihr hätten lästig fallen können. Severing erinnert daran, daß die Vorkonferenz von Seede, den wahren Chef der deutschen Armee, in seinen Funktionen beschränken wollte, weil die Militärkontrollkommission in ihm einen Gegner gefunden hätte, der mit dem Anschein einer vollendeten Höflichkeit ihre Forderungen bekämpfte. Severing und Seede seien die Verkörperung der beiden deutschen Tendenzen, die sich unversöhnlich gegenüberstünden. Ebenso wie den schlechten Gesundheitszustand Severings bezweifelte Severing, daß die Teilnahme des Kronprinzensohnes an den Manövern den wahren Grund für die Demission Seedes bilde. Es sei vielmehr anzunehmen, daß Generaloberst von Seede ein Hindernis für die deutsch-französische Politik Stresemanns geworden sei. Jedenfalls werde die Kontrolle anstrengt werden, weil die Franzosen mit der bisherigen Regelung der Rheinländer Beziehungen sehr wenig zufrieden seien. Auch die Instruktionen über den Reichswehr seien von einem Weibe befreit, der nicht der von Lozano sei. Die Generalverwaltung sei eine Art von Staat im Staate. Welches auch die Gründe für die beiden sensationellen Entscheidungen sein mögen, es sei gewiss, daß Dr. Stresemann von den beiden Männern befreit sei, die ihn unter Umständen hätten „genieren“ können. Nun werde er große Handlungsfreiheit für die Fortsetzung seiner Verhandlungen mit Frankreich haben.

Der Berliner Korrespondent des Journal sagt, die Tätigkeit Seedes nach dem Kriege sei genau die gleiche wie die Scharnhorst's nach Jena. Die Demission Seedes falle mit dem Rücktritt von Severing zusammen; wolle man, indem man ein gewisses Gleichgewicht herstellte, die endgültige Ausscheidung des sozialistischen Einflusses erleichtern. Auf jeden Fall müsse man sich in Frankreich hüten, an eine öffentliche Sinnesänderung in Deutschland zu glauben. Das Duzende erblickt in Herrn von Seede nicht nur den intelligenten und geschickten Organisator der neuen deutschen Armee, sondern auch den Militär, das dem alten kaiserlichen Regime ergeben war.

Das Echo de Paris will in dem Rücktritt von Seede's eine Lösung des Konflikts zwischen dem alten und dem demokratischen Deutschland erblicken. In Frankreich und anderswo würden sich viele über die glücklichen Resultate der Politik der Annäherung freuen, die zum Siege der gemäßigten Elemente führe. Man müsse hoffen, daß dies so sei, aber fürchten, daß es auch anders kommen könnte. Vielleicht seien die Konzeptionen, die in dem Rücktritt Seede's liegen, nur gemacht worden, um anderen bedeutenderen auszuweichen. Es gebe für Deutschland augenblicklich ein offenes Interesse, ein demokratisches Gesicht zu zeigen.

Erwerbslosenfragen vor dem Sächsischen Landtage.

In der heutigen Sitzung wurden zunächst mehrere Strafverfolgungsanträge verhandelt. Einen Antrag des Reichsanwaltes Günther in Dresden auf Genehmigung der Strafverfolgung der Abg. Beithe und Wirth wegen Verleumdung des Schriftleiters Radtke beantragt der Reichsanwalt abzulehnen, da nicht einmal der Nachweis erbracht worden sei, daß Radtke die Verleumdung angekreuzt habe.

Abg. Beithe (Kittlos.) tritt in diesem Falle die Strafverfolgung zu genehmigen, da er wünsche, den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen über Radtke anzuerkennen. Radtke habe die Öffentlichkeit wieder angegriffen, als er behauptete, er habe gegen ihn (Beithe) Strafantrag gestellt. Bis jetzt habe er noch keine Zuschrift des Gerichts erhalten. Er habe großes Interesse daran, einen Journalisten, der die Wahrheit demutet, unmöglich zu machen. Redner schließt: Ich freue mich auf den Tag, an dem ich diesem Schandstücken vor der Öffentlichkeit zeigen kann, wer er ist, um ihn aus der sozialdemokratischen Presse zu beseitigen.

Abg. Edel (Kittlos.) nimmt Radtke in Schutz und erklärt, seine Freunde würden für die Strafverfolgung Beithe stimmen. (Zuruf: Bravo!) Radtke habe Strafantrag gestellt.

Abg. Beithe: Es sei erklärlich, daß Edel für Radtke einträte, denn von 100 Köpigen, die Radtke verdränge, sei in 60 Fällen Edel der Vorkämpfer. (Heiterkeit.) Als Edel noch in der Sächsischen Staatszeitung arbeitete, ist von der Regierung gegen Radtke Strafantrag gestellt worden wegen wissenschaftlicher Verleumdung. Auch Sie, Herr Edel, werden vor Gericht als der festgesetzt werden, der Sie sind und zu dem Sie auch einen anderen gemacht haben: als einen Verleumder! (Ordnungsruf!)

Abg. Stresemann (Kittlos.) richtet schwere Beschuldigungen gegen Beithe, den Ministerpräsidenten und den Innenminister. (Auch er erhält einen Ordnungsruf.)

Abg. Kemmer (Komm.) erklärt, er wolle hier nicht die moralischen Qualitäten der sich hier freitenden Herren untersuchen. (Abg. Schwarz ruft: Du wärst aber gerade der richtige Kerl dazu! Heiterkeit!)

Die Strafverfolgung wird abgelehnt, obgleich die gesamte Linke dagegen stimmt.

Eine von der Staatsanwaltschaft gegen den Abg. Kemmer (Komm.) beantragte Strafverfolgung wird mit 3 gegen 22 Stimmen abgelehnt.

Es folgt die zusammengefaßte Beratung über mehrere Regierungsvorlagen, die die Beschaffung von Staatsmitteln zur Behebung der Arbeitslosigkeit betreffen und über mehrere Anträge und Anfragen, die sich mit

Erwerbslosenfragen

beschaffen.

Abg. Dr. Bülber (DBP.): Wenn man auch annehmen könne, daß die wirtschaftliche Entwicklung eine gewisse Besserung herbeiführen werde, so sei es doch unabweisbar, daß 1 1/2 Millionen Arbeitsloser in diesem oder nächsten Jahre verschwinden werden. Erst 1928 werde es besser werden, weil sich dann der Geburtenrückgang während des Krieges schon geltend machen werde. Bei dieser Sachlage sei es vom finanziellen Standpunkte zu verantworten, wenn man bis zum Ausbruch im Jahre 1930 öffentliche Mittel zur Verfügung stelle, um Arbeitslosigkeit zu schaffen. Wir beabsichtigen, zu diesem Zwecke eine Auslandsanleihe aufzunehmen. Der Redner verbreitete sich dann ausführlich über die

Finanzielle Notlage der Gemeinden

und tritt für höhere Zuweisungen an die Gemeinden ein. Er beantragt, sämtliche Vorlagen und Anträge an die Haushaltsausschüsse A und B zu überweisen.

Abg. Schütz (H.-Soz.): Im allgemeinen hätten keine Freunde gegen die Art und Weise, wie man durch die Vorlagen der Arbeitslosigkeit abhelfen wolle, nichts einzumenden. Nur mit der Planung der Talperrücknahme sei es nicht einverstanden. Der Ausschuss werde sich vor allem mit der Frage der ausbleibenden Erwerbslosen zu beschäftigen haben. Die Gemeinden sollten sich nicht an sehr mit Auslandsanleihen einlassen.

Der Regierungsrat Dr. Hübner beantwortete die vorliegenden Anträge und Anfragen der Linken und Kommunisten dahin, daß die Regierung den hierzu gegeb-

enen Anregungen bereits nachgegangen sei. Erst heute sei ein Schreiben des Reichsarbeitsministers eingegangen, wonach vom 1. Oktober 1926 bis 31. Januar 1927 den Bezirksfördervereinen für die ausgesetzten Erwerbslosen 5 Prozent des Aufwandes erstatet werden sollen. Die von der Regierung ergriffenen Maßnahmen hätten schon eine wesentliche Verminderung der Arbeitslosigkeit herbeigeführt. Sollten weitere Schritte nötig sein, so würden sie unter Zustimmung des Landtages getan werden. Der Antrag Bülber wegen der Zuweisung von Reichsmitteln an Länder und Gemeinden zum Zwecke der Behebung der Arbeitslosigkeit entspreche durchaus den Wünschen der Regierung.

Abg. Dr. Schinde (Komm.) behauptet, die Regierungsvorlagen, die zur Behebung der Arbeitslosigkeit beitragen sollten, seien ein Beweis dafür, daß die Regierung endlich sich gezwungen gesehen habe, der so oft geäußerten Not abzuhelfen. Die von der Regierung in Aussicht genommenen Maßnahmen seien ungenügend.

Abg. Behrmann (Dem.) drückt seine Freude darüber aus, daß es trotz der schlechten Finanzlage möglich gewesen sei, in der von der Regierung vorgeschlagenen Form die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Abg. Dr. Schardt (Dnat.) kritisiert die für Deutschland ungunstigen Handelsverträge, die jüngst abgeschlossen worden seien. Sie trügen die Hauptlast an der herrschenden Arbeitslosigkeit. Die vorgeschlagenen Kanalbauten würden der sächsischen Wirtschaft wahrscheinlich wenig nützen. Was die geplante Talperrücknahme bei Kriegseinbruch anlangt, so würden nur die sächsischen Werke die Ruheplätze sein. Die für die Wasserbauten geforderten Gelder könnten viel wirtschaftlicher zu Restaurationsarbeiten verwendet werden. Statt Talperrücknahme solle man Wohnungen bauen.

Abg. Schwarz (L.-Soz.): Die Regierung komme mit ihrer überdies unvollkommenen Pflichtenfüllung viel zu spät. Die Anträge seiner Partei würden in den Ausschüssen begründet werden.

Bei der Verkündung der Tagesordnung der nächsten Sitzung beantragen die Linken, die Vorlage wegen der Pension des Finanzministers Dehne mit zu verhandeln.

Abg. Kania (Dnat.) wünscht, daß der Bericht des Kleinrentenkommissioners noch vorzulegen wird.

Der Präsident erklärt, der Vorstand in seiner Mehrheit sei der Auffassung, daß die letzten Sitzungen des Landtages nicht dazu benutzt werden sollen, das Bedeürfnis einzelner zu befriedigen, sondern um für die Allgemeinheit wirklich wichtige Dinge zu erledigen.

Abg. Lieberich (Komm.) erklärt, seine Partei habe darauf verzichtet, ihre Anträge, die zum Teil schon zwei Jahre im Landtage vorliegen, auf die Tagesordnung setzen zu lassen, denn je eher dieser stinkende Leichnam von Landtag ins Jenseits befördert werde, desto besser sei es. (Heiterkeit.) Hierauf erhält Abg. Lieberich (Komm.) das Wort. Während seiner Rede sind teilweise drei Abgeordnete und der Präsident im Saale.

Abg. Schiffmann (DBP.) dankt der Regierung, daß sie den Anträgen seiner Partei über die Hilfe an die Ostmarken-Gesellschaften in ihrer Vorlage ausgenommen hat, hinsichtlich konnten nun auch die erforderlichen Mittel bereitgestellt werden.

Abg. Schreiber (Dnat.) bezeichnet die für die Hochwasserbeschädigten bereitgestellten Mittel als ungenügend. Bei der Gewährung von Darlehen an die Beschädigten müßten die persönlichen Verhältnisse berücksichtigt werden. Am wichtigsten seien die geschädigten Pächter landwirtschaftlicher Betriebe daran.

Hierauf wird die Aussprache geschlossen. Die Gesetzwürde und Anträge werden an die Haushaltsausschüsse A bzw. B überwiesen.

Nächste — letzte — Sitzung: Dienstag, 12. Oktober nachmittags 1 Uhr.

Schluss nach 6 Uhr.

* Dresden. Dem Landtage ist ein deutschnationaler Antrag eingegangen, in dem die Aufhebung des Gesetzes über die Anerkennung neuer Feiertage vom 10. April 1922 gefordert wird.

Eine sozialdemokratische Anfrage beschäftigt sich mit Währungs bei der Auszahlung der Invalidentrenten.

Sort mit der Kriegsschuldfrage!

Ein offener Brief an den Reichsaußenminister.

* Dresden, 7. Oktober. Der Ausländerdienst des Reichsaussenministeriums in Langenbrück bei Dresden hat an den Reichsaußenminister Dr. Stresemann folgenden offenen Brief gerichtet:

Ihr Hochwohlgeborenen haben in einer Rede in Köln ausgesprochen, daß wir bereit wären, uns jedem unparteiischen Gerichtshof zu stellen, der die Ursachen des Weltkrieges unterfucht. Hiermit haben Sie einen

Wunsch des gesamten deutschen Volkes

ausgesprochen. Aber keine Macht der Erde wird einen Auftrag dazu stellen, wenn es nicht die deutsche Regierung selbst tut. Es sind dieser, wie Euer Hochwohlgeborenen bekannt, bereits am 22. Oktober vorigen Jahres 1 1/2 500 Unterschriften für die

„Beratung der Revision des Versailles Diktats“ unterzeichnet. Heute stehen bereits wieder viele Tausende von Unterschriften im gleichen Sinne zur Verfügung und viele Tausende von Unterschriften befinden sich noch im deutschen Volk im Umlauf. Da aber die Sammlung der Unterschriften der arbeitslosen deutschen Bevölkerung wie bisher auf privatem Wege zeitraubend ist, der französische Ministerpräsident aber erneut die alte Forderung erhoben hat, so glauben wir im Namen der bereits vorgelegten und hier vorhandenen Unterschriften, sowie aller gleichgesinnten deutschen Männer und Frauen an Sie, Herr Minister, und die gesamte Regierung die Bitte richten zu dürfen, dem dringenden Verlangen des deutschen Volkes Folge zu geben und einen

Antrag für ein solches unparteiisches Gericht bei den Entente, und neutralen Mächten zu stellen, damit durch dieses und durch eine folgende Revision des Versailles Diktats Deutschland von der ihm auferlegten Forderung in Gestalt von Fremdbesetzung, fremder Besatzung, erdrückenden Reparationen und Wegnahme der Kolonien endlich befreit wird.